

9
78

Union in Deutschland

Bonn, den 2. März 1978

Sichere Renten — gegen Wortbruch und Willkür

Der Bundesvorstand der CDU hat unter Vorsitz von Helmut Kohl am 27. Februar die Notwendigkeit bekräftigt, sich solidarisch mit den Gewerkschaften, den Organisationen der Rentner, der Kriegsoffer und der Behinderten gegen den erneut versuchten Wortbruch der SPD/FDP-Koalition zu wenden und dagegen zu protestieren.

Mit der ersten großen Kundgebung am 2. März in Bonn wird, wie Generalsekretär Heiner Geißler mitteilte, eine umfassende Protestwelle „Sichere Renten — gegen Wortbruch und Willkür“ in der gesamten Bundesrepublik anlaufen. Auch der erste in der Rentenfrage versuchte Wortbruch der SPD/FDP-Koalition nach der Bundestagswahl 1976 ist durch eine solche solidarische Aktion verhindert worden. Die CDU hofft — ähnlich wie in der Energiepolitik —, daß sich Regierung und Koalition noch einmal besinnen und schließlich eine sozial gerechte, ordnungspolitisch richtige und finanzpolitisch wirksame Lösung vorschlagen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte auf einer Sondersitzung am 23. Februar 1978 einstimmig „Die politische Alternative der CDU/CSU in der Rentenpolitik“ beschlossen (Wortlaut in CDU-Extra/gelber Teil dieser Ausgabe).

■ TARIFPOLITIK

Heiner Geißler: Die Bundesregierung hat die Tarifpartner in eine schwierige Situation gebracht. Seite 2

■ BUNDESTAG

Stellungnahme der Union zum Jahreswirtschaftsbericht. Seite 5

■ KOMMUNEN

SPD und FDP lehnten im Finanzausschuß des Bundestages eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab. Seite 6

■ AGRARBERICHT

Einkommen der Landwirte war im vergangenen Jahr stark rückläufig. Seite 7

■ CDA

Betriebsräte sind kein Privatbesitz der SPD, sagte Norbert Blüm in Salzgitter. Seite 11

■ CDU HAMBURG

Geschlossenheit und ein klares Programm für den Wahlkampf. Seite 13

■ UID-EXTRA

Die politische Alternative der CDU/CSU in der Rentenpolitik. Gelber Teil

■ DOKUMENTATION

Chronik des Rentenbetruges. Grüner Teil

Bundesregierung hat Tarifpartner in eine schwierige Situation gebracht

Der Bundesvorstand hat sich auf seiner Sitzung am 27. Februar 1978 auch mit den gegenwärtigen tarifpolitischen Auseinandersetzungen beschäftigt. Dazu erklärt der Generalsekretär Heiner Geißler:

Die Bundesregierung kann sich von der Schuld an den eskalierenden tarifpolitischen Auseinandersetzungen nicht freisprechen. Durch eine Reihe von Fehlern und Versäumnissen hat sie zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen. Durch unrealistische Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung und durch Untätigkeit oder unzureichende Maßnahmen bei der Steuer-, Vermögens- und Sozial-einkommenspolitik hat sie die Tarifpartner in eine schwierige Situation gebracht.

① Die Bundesregierung hat bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts 1977 durch ihre eigenen Prognosen falsche Signale für die Tarifpartner gesetzt:

Wachstum: real + 5 Prozent; tatsächlich 4,5 Prozent

Arbeitslosenquote: unter 4 Prozent; tatsächlich 4,5 Prozent

Volkseinkommen: 8,5 bis 9,5 Prozent; tatsächlich 5,5 Prozent.

Das heißt, die damals anstehenden Tarifabschlüsse haben sich an diesen hohen Raten orientiert. Die tatsächliche Entwicklung ließ damit die Tarifabschlüsse zu hoch erscheinen.

② Eine Entlastung bzw. Entkrampfung an der Tariffrent durch steuerpolitische Maßnahmen hat die Bundesregierung zu spät und unzureichend angepackt, z. B. steht ein neuer Einkommensteuertarif, wie von der Union gefordert, aus.

③ Eine Entlastung bzw. Entkrampfung durch vermögenspolitische Maßnahmen hat die Bundesregierung trotz mehrerer Ankündigungen in den laufenden Jahreswirtschaftsberichten nicht in die Wege geleitet. Die Gesetzesentwürfe der Union liegen seit langem vor.

④ Der Druck an der gewerkschaftlichen Basis resultiert vor allem aus einer unausgewogenen und unzureichenden Sozialeinkommenspolitik der Bundesregierung. So ist das Kindergeld bei weitem nicht hinreichend an die Preisentwicklung angepaßt worden. Die letzte Wohngelderhöhung trat am 1. Januar 1977 in Kraft. Die vorletzte Wohngelderhöhung trat am 1. Januar 1974 in Kraft. Im Zeitraum 1974 bis 1976 stieg das Preisniveau um 10,7 Prozent; der durchschnittliche Wohngeldanspruch aber nur um 2,8 Prozent. Im selben Zeitraum stiegen die Mieten um 11,9 Prozent. Hieraus wird deutlich, daß das Wohngeld mit der allgemeinen Preisentwicklung nicht Schritt halten konnte.

⑤ Die Bundesregierung ist erfolglos geblieben bei der Wiederbelebung der vom Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorgeschriebenen Konzertierte Aktion.

Der Bundesvorstand der CDU hat sich außerdem mit den Betriebsratswahlen beschäftigt und einen Aufruf verabschiedet (Wortlaut CDU-Extra/gelber Teil dieser Ausgabe). Ein Punkt war die Situation Hochschulen. Der Bundesvorstand der CDU hat beschlossen, den Dialog führender Politiker mit den Studenten an den Hochschulen, wie er schon seit einiger Zeit durchgeführt wird, fortzusetzen.

26. Bundesparteitag vom 22. bis 26. Oktober in Ludwigshafen

Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 27. Februar 1978 in Bonn beschlossen, den 26. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands vom 22. bis 26. Oktober 1978 in Ludwigshafen einzuberufen. Im Mittelpunkt dieses Bundesparteitages wird die Diskussion und Verabschiedung des Grundsatzprogramms der CDU stehen. Der Bundesvorstand wird am 10. und 11. März auf einer Klausurtagung den Entwurf des Grundsatzprogramms erarbeiten, den er dann als Antrag des Bundesvorstandes dem 26. Bundesparteitag vorlegen wird. Sobald der Entwurf vom Bundesvorstand verabschiedet worden ist, wird er den Landes- und Kreisparteien zugeleitet und im UiD veröffentlicht.

INFORMATION

CDU gedenkt 25. Jahrestag des 17. Juni 1953

Der Bundesvorstand der CDU beschloß auf seiner Sitzung am 27. Februar 1978 in Bonn des 25. Jahrestages des 17. Juni 1953 durch CDU-Veranstaltungen in allen Kreisverbänden besonders zu gedenken. Helmut Kohl selbst wird auf zwei zentralen Veranstaltungen sprechen, am 16. Juni in Berlin und am 17. Juni in Philippsthal (Hessen) an der Zonengrenze. Ein ausführlicher Aktionsvorschlag für Kreis- und Ortsverbände wird die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Bundesgeschäftsstelle bis Anfang April im UiD vorlegen.

Helmut Kohl warnt vor Eurokommunismus

Zum 30. Jahrestag des kommunistischen Staatsstreiches in der Tschechoslowakei am 25. Februar 1948 hat Helmut Kohl vor den Gefahren des Eurokommunismus gewarnt und auf Parallelen mit den Ereignissen in Prag hin-

gewiesen. Auch damals seien die Kommunisten, wie heute in Italien und Frankreich, in der Minderheit gewesen und hätten Sozialisten und „Mitläufer-Parteien“ mit einem eigenen tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus geködert.

Musterentwurf für Einheitspolizeirecht

Als erste Landesregierung hat das saarländische CDU/FDP-Kabinett den von der Innenministerkonferenz ausgearbeiteten Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes von Bund und Ländern verabschiedet. Der Gesetzentwurf sieht unter bestimmten Voraussetzungen sowohl die Legalisierung des sogenannten gezielten Todesschusses der Polizei bei Gefährdung von Leben oder Gesundheit von Menschen als auch die Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten vor.

Warnung vor Jugendsekten

„Wir müssen aufpassen, daß sich aus den Jugendsekten nicht eines Tages ein mörderischer Manson-Clan wie in den USA entwickelt.“ Diese Ansicht

vertritt der CDU-Rechtsexperte im Bundestag, Friedrich Vogel. Von den bundesdeutschen Eltern- und Kircheninitiativen wurde Vogel zum Vorsitzenden der „Aktion für geistige und psychische Freiheit“ gewählt. Die Vereinigung hielt ihren ersten Kongreß in Hannover ab. In einem Zeitungsinterview erklärte Vogel u. a.: „Die Sekten sind entsprechend der Religionsfreiheit zulässig — also handelt es sich in erster Linie um eine geistige Auseinandersetzung. Sie sind eine große Herausforderung an die Eltern und vor allem an die Kirchen, die sich in ihrer Jugendarbeit etwas einfällen lassen müssen. Vielfach geraten junge Leute aus sozialem Interesse in diese Sekten. Und man kann nicht übersehen, daß andere junge, labile Leute im sozialen Engagement in den Sog des Terrorismus geraten. Wir müssen die Entwicklung daher sorgfältig beobachten.“

Gewerkschaftsjugend demokratisch stärken

Auf einer Klausurtagung der Jungen Arbeitnehmerschaft „JA“, Jugendorganisation der Sozialausschüsse, befaßte sich der Bundesausschuß mit der Situation im Jugendbereich des DGB und seiner Einzelgewerkschaften. Die JA äußerte ihre Sorge über das Anwachsen von Gruppen, deren Verfassungstreue bezweifelt werden müsse, in den Gremien der Gewerkschaftsjugend. SDAJ- und K-Gruppen-Mitglieder versuchten, die Gewerkschaftsjugend auf einen Kurs zu bringen, der nicht mehr der einer Einheitsgewerkschaft sei. JA-Bundesvorsitzender Thomas Mann empfahl den Mitgliedern seiner Organisation die verstärkte Mitarbeit in den Gremien der Gewerkschaftsjugend, um die demokratischen Kräfte zu stärken, anstatt lamentierend mitanzusehen

zu müssen, wie von außen gesteuerte Kadergruppen den Versuch machten, die Gewerkschaftler politisch zu unterwandern.

Lahn: CDU will Bürger befragen

Die hessische CDU will bei einer Neuregelung für das Gebiet der Stadt Lahn nicht gegen den Willen der Bürger entscheiden, erklärte der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger auf dem Kreisparteitag der Union in Lahn. Laut Dregger plant die CDU, die Bürger zu befragen, welcher der beiden Gesetzentwürfe zur Neugliederung Lahns verwirklicht werden soll: Der CDU-Plan, der in Kürze im Landtag eingebracht werde, oder das Vorhaben der Regierungskoalition, das auch ebenfalls in dieser Legislaturperiode als Gesetzentwurf vorgelegt werden soll. Dregger warf der Regierungskoalition vor, sie habe bisher kein Alternativkonzept zur Auflösung der Stadt Lahn vorgelegt, weil sie bisher keinen Gesetzentwurf eingebracht habe. Die CDU hingegen habe eine klare Position mit ihrem Plan bezogen, die gesamte „Gebietsreform“ im mittelhessischen Raum wieder rückgängig zu machen, die Stadt Lahn und den Lahn-Dill-Kreis wieder aufzulösen und die alten Städtenamen Wetzlar und Gießen wieder einzuführen.

Weniger Studienanfänger

Die Zahl der Studienanfänger hat 1977 abgenommen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, schrieben sich im Studienjahr 1977 (Sommersemester 1977 und Wintersemester 1977/78) mit 165 000 Studienanfängern 0,7 Prozent weniger junge Menschen an bundesdeutschen Hochschulen ein als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT

Notwendig ist weniger Staat und mehr Soziale Marktwirtschaft

Der Titel des Jahresgutachtens „Mehr Wachstum — mehr Beschäftigung“ zeichnet schon das Problem auf, das zu lösen seit langem überfällig ist: Die Beseitigung der bereits im vierten Jahr unvermindert anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit. Sie ist zum Schlüsselproblem für die Erhaltung des sozialen Friedens geworden. Dazu stellte in der Bundestagsdebatte der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion, Werner Dollinger, fest:

Dem Rat gebührt besonderer Dank dafür, daß er neben den Fehlentwicklungen und den künftigen Risiken durch Aufzeigen von Alternativen deutlich gemacht hat, daß der sicherste Weg zur Vollbeschäftigung nur über weniger Staat und mehr Soziale Marktwirtschaft führen kann. Gegenüber den Prognosen des Jahreswirtschaftsberichtes für 1977 wurden wir in der Realität auf halbe Rationen gesetzt. Dies dürfte bekannt sein.

Die Bundesregierung beklagt, daß den Unternehmen und den privaten Haushalten durch unerwartet hohe Steuereingänge mehr an Kaufkraft entzogen wurde, als geschätzt worden war. Hier muß man doch fragen, wer hat sich denn immer wieder gegen die Steuer senkungspläne der CDU/CSU gesträubt, insbesondere bei den Steuern, die sich als investitionshemmend, lei-

stungs- und arbeitsplatzfeindlich erwiesen haben?

Als trotz acht Konjunkturprogrammen mit einem Volumen von rd. 30 Mrd. DM im vergangenen Sommer keine entscheidende Konjunkturbelebung in Sicht war, hatte die CDU/CSU vorgeschlagen, vom Stabilitätsgesetz Gebrauch zu machen und Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer um 10 % zu senken und die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs durchzuführen. Dies hätte die Bundesregierung auf den richtigen Weg gebracht. Nachdem sie aber unsere Vorschläge abgelehnt hat, darf sie sich jetzt nicht beklagen, daß Unternehmen und privaten Haushalten zu viel Kaufkraft entzogen wurde.

Mit ihrer Jahresprojektion für 1978 stellt die Bundesregierung ein mit vielen Unsicherheitsfaktoren behaftetes Zahlengerüst vor. Es ist deprimierend und kommt einer Kapitulation gleich, daß die Bundesregierung nicht in der Lage ist, die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr nennenswert abzubauen. Heute ist jede wirtschaftliche Belebung schwer vorbelastet. Ehe ein selbsttragender Aufschwung möglich ist, müssen die Erträge merklich verbessert werden. Nur so schaffen wir die Voraussetzung, um die Investitionslücke auszufüllen, die zunehmende Überalterung des Produktionsapparates zu stoppen, die exzessive Zahl von Firmenzusammenbrüchen zurückzuschrauben, das Produktionspo-

tential wieder voll auszulasten und wieder auf den Pfad eines stetigen Wachstums bei Vollbeschäftigung zurückzuführen.

Trotz der für 1978 von der Bundesregierung geplanten Konjunkturprogramme fehlt unserer Wirtschaft immer noch die Eigendynamik, die wir beispielsweise 1967/68 hatten und die in den Jahren seit 1969 mit Reformeneuphorie, dem Schüren einer Anspruchsinflation, mit der Verharmlosung der Inflation, mit dem Testen der Belastbarkeit der Wirtschaft, Schüren von Neidkomplexen, einer leistungsfeindlichen Steuergesetzgebung und den bekannten Nivellierungsbestrebungen verlorengegangen ist.

All dies hat die Eigendynamik unserer Wirtschaft über Jahre gelähmt. Hätte man z. B. die Finanzmassen anstatt zur Ausgabenexpansion zum Abbau der Überbesteuerung eingesetzt, dann wäre der Wirtschaft das Leistungsprinzip und die Investitionsfähigkeit erhalten geblieben, die Lohn- und Kostensteigerungen wären maßvoller ausgefallen. Dies hätte zu einer günstigeren Wettbewerbssituation geführt und dann hätte es sicherlich keine Millionenarbeitslosigkeit über vier Jahre gegeben.

Um wieder zu mehr Wachstum — mehr Beschäftigung und zu einem Erwachen der Eigendynamik unserer Wirtschaft zu kommen, gilt es, die Grenzen der unternehmerischen Belastung zu erkennen und einzuhalten. Dabei spielt der Gewinn eine entscheidende Rolle zur Erhaltung der Unternehmungen und für deren Wettbewerbsfähigkeit.

Gesunde Unternehmen sind die beste Garantie für unsere Arbeitsplätze.

Gewinne sind Voraussetzung für gute Löhne, gesetzliche und freiwillige soziale Leistungen und für Investitionen.

■ FINANZREFORM

Schwerer Schlag für die Gemeinden

Zur Beratung des Gemeindefinanzreformänderungsgesetzes im Finanzausschuß des Bundestages erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Horst Waffenschmidt:

Das Nein von SPD und FDP im Finanzausschuß des Bundestages zum Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 14 % auf 15 % anzuheben, ist ein schwerer Schlag gegen die kommunale Selbstverwaltung und verhindert dringend notwendige Investitionen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Dies gilt um so mehr, als die neuesten Steuerschätzungen für 1978 den Gemeinden nur einen Steuerzuwachs von 2,1 % zumessen gegenüber 4 % für den Bund und 3,9 % für die Länder.

Die Ausgaben der Gemeinden sind seit 1969 galoppierend gewachsen, vor allem bei der Ausführung von Gesetzen, Plänen und Richtlinien des Bundes. Die Schuldenlast der kommunalen Körperschaften beträgt — nimmt man die kommunalen Betriebe mit dazu — bald 100 Mrd. DM. Die Einnahmen wuchsen nicht entsprechend. Die Steuerreform der letzten Jahre, einschließlich des Steuerentlastungsgesetzes vom vergangenen Herbst, belasten die Gemeinden 1978 mit 4,5 Mrd. DM.

■ AGRARBERICHT

Einkommen der Landwirte auf dem niedrigsten Stand

Der Agrarbericht 1978 zeichnet sich durch einen traurigen Nachkriegsrekord aus. Noch nie seit Erscheinen der Agrarberichte im Jahr 1956 ist das Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen in einem Wirtschaftsjahr so stark zurückgegangen, nämlich um annähernd 14 %. Die im vergangenen Jahr von der Bundesregierung vorgelegte Schätzung von minus 6 % war reines Wunschdenken.

Auch die Vorausschau auf das laufende Wirtschaftsjahr mit einem Einkommenszuwachs von 8 % dürfte lediglich zur Abschwächung der Zahlen des überstarken Einkommensrückganges dienen, erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Burkhard Ritz, in der Debatte des Bundestages. Es ist unübersehbar, daß die Einkommensunterschiede zwischen der Landwirtschaft und der übrigen Wirtschaft selbst in längerfristigem Vergleich beachtliche Disparitäten zu Lasten der Landwirtschaft aufweisen.

Eine weithin gescheiterte Konjunktur- und Wirtschaftspolitik, eine erstarrte regionale Strukturpolitik, eine verfehlte und fehlende Familien- und Bevölkerungspolitik sind die Ursachen, die die Bedingungen in der Landwirtschaft entscheidend verschlechtert haben. Diese Koalition bringt nicht mehr die Kraft auf, die eigentlichen Ursachen der Krise zu beheben.

Die strukturelle Entwicklung der Landwirtschaft während des konjunkturellen Abschwungs hat schon vor einigen Jahren unsere Auffassung bestätigt, daß die einzelbetriebliche Förderung mehr Flexibilität und neuer Instrumente bedarf. Die CDU/CSU hat daher die Einigung zwischen Bundesminister Ertl und den Agrarministern der Bundesländer vom November 1977, ein allgemeines Agrar-Kreditprogramm einzuführen, bejaht. Minister Ertl konnte sich mit diesem Programm in der Bundesregierung allerdings nicht durchsetzen. Das nun über die Bank für Wiederaufbau zu finanzierende 6 %-Programm hat angesichts der Tatsache, daß zur Zeit Hausbanken Kredite mit $5\frac{3}{4}$ % anbieten, kaum einen Wert. Auch kann es den Problemen der von der Natur benachteiligten Gebiete überhaupt nicht Rechnung tragen.

Die mittelfristigen Perspektiven für die Landwirtschaft werden auch dann nicht günstiger, wenn man die europäischen Aspekte mit einbezieht. Die Vorschläge der EG-Kommission für die Agrarpreisrunde 1978/79 beinhalten für die deutsche Landwirtschaft unter Berücksichtigung des geplanten Abbaus des Währungsausgleichs eine Preisverbesserung von durchschnittlich 0,8 %. Dies ist völlig unzulänglich und daher indiskutabel.

Der Weg zu einem erträglichen Preis-kompromiß, der auch für die deutsche Landwirtschaft nicht zu realen Preis-

senkungen führen darf, wird mühsam sein. Nachdem vor den abschließenden Preisverhandlungen Großbritannien durch Abwertung des „grünen Pfundes“ in diesem Jahr eine 7,5%ige Preiserhöhung, Italien durch die Abwertung der „grünen Lira“ eine 6%ige und Frankreich auf demselben Wege eine 2,5%ige Preiserhöhung durchgesetzt haben, ist leicht vorherzusehen, wie ungeheuer schwer eine für die deutsche Landwirtschaft befriedigende Rechnung zu erzielen sein wird.

Zum Problem der agrarischen Überproduktion hat die CDU/CSU bereits im vergangenen Jahr in aller Deutlichkeit gesagt, daß einige Partnerländer aus Gründen der Außenhandels- und Zahlungsbilanz ihre Agrarproduktionen ausweiten, um Agrareinfuhren zu verringern, um damit Devisen einzusparen oder aber, um ihren Agrarexport zu steigern, um damit die Devisenbestände zu vermehren. Dieser Zustand läßt sich nur ändern, wenn es endlich auf dem Gebiet der Währungs- und Wirtschaftsunion zu schrittweisen Fortschritten kommt. Gerade angesichts des zu erwartenden Beitritts von Griechenland, Portugal und Spanien zur Europäischen Gemeinschaft ist es notwendig, die Ziele der europäischen Politik klar und unmißverständlich zu definieren.

Chancen sind nicht gut

Die kurz- und mittelfristigen Chancen und Aussichten der deutschen Landwirtschaft sind nicht gut. Dies zu sagen, gebietet die Ehrlichkeit gegenüber einem Berufsstand, der auch in der Vergangenheit oft mit schwierigen Anpassungsprozessen fertig werden mußte. Es ist ein Berufsstand, der durch Fleiß, sehr oft durch Konsumverzicht, seine Probleme gemeistert hat.

Die rund 900 000 Bauern in unserem Land leisten einen unverzichtbaren Beitrag, nicht nur für die Nahrungsmittelsicherung, sondern genauso für die Lebensfähigkeit der ländlichen Räume und für die Erhaltung einer erholungswerten Landschaft. Unsere Bauern erwarten aber zu Recht, daß wir die Spielräume nationaler und europäischer Agrarpolitik voll nutzen. Sie erwarten insbesondere, daß die politisch Verantwortlichen sie in ihrem oft schweren Existenzkampf und in ihrem Behauptungswillen nicht alleine lassen, sondern unterstützen.

Die Agrarstruktur in der Bundesrepublik

Von den 861 900 landwirtschaftlichen Betrieben in der Bundesrepublik Deutschland haben 655 600, das sind über 70% aller Betriebe, bis zu 20 ha; 178 000 Betriebe, dies sind über 20% aller Betriebe, haben zwischen 20 und 50 ha und nur 28 500 Betriebe, dies sind etwa 3,5% aller Betriebe, haben mehr als 50 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Diese Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland mag der strenge Agrarökonom für einen Anachronismus halten. Sie ist aber die Wirklichkeit des Jahres 1978 und diese wird sich so schnell auch nicht ändern. Natürlich ist hier eingeschlossen die große Zahl der Zu- und Nebenerwerbsbetriebe, die wir übrigens für die Lebensfähigkeit und die Funktionsfähigkeit ländlicher Räume dringend brauchen.

Die Probleme, die einer Lösung harren, wiegen schwer. Sie sind nicht nur mit agrarpolitischen Instrumenten zu meistern. Dort, wo die Regierung richtig handelt, werden wir sie wie bisher unterstützen oder Alternativen aufzeigen, wo es die Situation gebietet.

■ KOALITION

Genosse Trend aus der SPD ausgetreten

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete am 25. Februar 1978 unter der Überschrift „Genosse Trend aus der SPD ausgetreten“, daß diese Partei, die im Wahljahr 1976 noch 1 022 191 Mitglieder hatte, am Ende des Jahres nur noch 1 006 316 Genossen in ihren Reihen zählt. Das wäre ein Schwund von 15 875 Personen. Der Kommentar der Zeitung dazu: „Anspruch und Wirklichkeit stießen sich einander. Der Eintritt der einen konnte den Abschied der anderen nicht wettmachen.“ Die CDU hingegen ist größer geworden. Zum Jahresende 1977 hatte sie 664 214 Mitglieder, das sind 12 000 mehr als am Ende des Wahljahres 1976 (vergl. UId 6/78).

Musterbeispiel politischen Rufmordes

Der CSU-Vorsitzende Strauß hat die gegen ihn gerichtete Lockheed-Kampagne im Wahljahr 1976 als „Musterbeispiel eines politischen Rufmordes“ bezeichnet. In einer umfangreichen Dokumentation führt die CSU den Nachweis, daß die Kampagne von der Bundesregierung inszeniert und mit Hilfe willfähriger Medien durchgeführt wurde. Nach Ansicht der CSU belegt ihre Dokumentation nicht nur die Verschleppungsstrategie der Bundesregierung bei der Beschaffung der amerikanischen Lockheed-Akten, sondern beweist auch, „daß ohne die von der Bundesregierung gegebenen Stichworte und ohne ihr systematisches Nähren von Verdacht und Zweifel die am Fall Lockheed

konstruierte Verleumdungskampagne gegen die CSU und ihren Vorsitzenden Strauß nicht möglich gewesen wäre“.

Juso-Vorwürfe gegen SPD-MdB

Scharfe Kritik am Elmshorner SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhard Überhorst haben Pinneberger Jungsozialisten auf einer Kreiskonferenz in Wedel geübt. Wegen seiner Zustimmung im Bundestag zu den Anti-Terrorismus-Gesetzen mußte der Abgeordnete sich massive Vorwürfe gefallen lassen. Überhorsts Hinweis, daß ein Scheitern der Gesetze irreparablen Schaden für die sozial-liberale Koalition bewirkt hätte, wurde von der Kreiskonferenz nicht als ausreichende Begründung akzeptiert.

Erlers-Gesellschaft attackiert Kieler SPD

„Unter dem Einfluß von Jochen Steffen ist die SPD in Schleswig-Holstein zu einer linkssozialistischen Partei geworden, deren Sozialismus-Begriff nicht mehr den freiheitlichen Traditionen des Godesberger Programms entspricht.“ Mit diesem Vorwurf ist die sozialdemokratische „Fritz-Erlers-Gesellschaft e. V.“ in Lübeck knapp zwei Wochen vor den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 5. März an die Öffentlichkeit getreten. In einer Dokumentation heißt es weiter, daß damit gleichzeitig ein Vertrauensschwund in der SPD einhergegangen sei, der sich in massiver Kritik von Ortsverbänden manifestiert habe — bis zum Antrag auf Parteiausschluß von Steffen wegen parteischädigenden Verhaltens — und in zahlreichen Parteiaustritten langjähriger SPD-Mitglieder. Die Gesellschaft stehe an der Seite jener, „die erkannt haben, daß westlicher Neomarxismus,

Kommunismus und Eurokommunismus den Menschen unterjochen und seiner Freiheit berauben wollen“.

Wehner auf dem linken Auge blind

Herbert Wehner fragte dieser Tage die Bundesregierung nach einer Indizierung von zunehmend verbreitetem NS-Propagandamaterial; SPD-Abgeordnete schlossen sich an mit der Frage nach einer Änderung des Strafgesetzbuches zur Bekämpfung solcher unter dem Deckmantel staatsbürgerlicher Aufklärung verbreiteten Gewaltpropaganda.

Bereits seit dem 5. Oktober 1977 liegt dem Bundestag ein Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion zur Änderung von § 86 StGB mit genau dem Gegenstand vor, zu dem sich jetzt die SPD-Fraktion ereifert.

In der Begründung heißt es: Es ist heute verbotenen Organisationen möglich, verfassungswidrige Propaganda, in die Form der Berichterstattung gekleidet, straflos zu verbreiten. § 86 StGB muß auch gelten, wenn für den verfassungswidrigen Inhalt des Propagandamittels geworben wird.

Vielleicht kann Wehner wenigstens die Mehrheit der SPD-Fraktion bewegen, ausnahmsweise diesem Vorschlag der Opposition zuzustimmen, der allerdings linksextreme so gut wie rechtsextreme Gewaltpropaganda treffen würde.

SPD/FDP versagt bei Straßenbauproblemen

Im Verkehrsausschuß des Bundestages hat die SPD/FDP-Koalition den CDU/CSU-Antrag zum Fernstraßenbau abgelehnt. Die CDU/CSU hatte die Bundesregierung u. a. aufgefordert, daß nur dort gebaut wird, wo Bedarf ist und gebaut werden kann, wo verfügbare Fi-

nanzmittel auch zügig verbaut werden, und wo Sonderprogramme beim Straßenbau zur Stützung von Wachstum und Konjunktur reibungslos abgewickelt werden können. Dazu erklärt für die CDU/CSU der Abgeordnete Peter Milz: Bei den Beratungen im Verkehrsausschuß mußte die Bundesregierung eingestehen, daß 1977 rund 260 Mio. DM an Fernstraßenbaumitteln nicht verbaut werden konnten, 160 Mio. DM davon allein in Nordrhein-Westfalen. Planungsschwierigkeiten, Bürgerinitiativen, fehlende gesetzliche Regelungen für den Lärmschutz an Straßen blockieren viele der festgeplanten Straßenbauprojekte. So besteht heute der Widerspruch, daß der Straßenbau in einigen Regionen an Planungsschwierigkeiten scheitert, obwohl das Geld da ist. In anderen Regionen dagegen scheitert es an den Finanzen, obwohl die Planung keine Schwierigkeiten macht.

Wieder fragwürdige Ausgabenpolitik des BPA

Der neue Rechnungshofpräsident Karl Wittrock, früher Staatssekretär im Verkehrsministerium, wird, der „Zeit“ zufolge, bald Gelegenheit haben, sich mit der Ausgabenpolitik des Bundespresseamtes zu beschäftigen. Das Amt hat rund ein Drittel seiner Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit Inland erst in letzter Minute des abgelaufenen Haushaltsjahres 1977 ausgegeben. Im vergangenen Dezember investierte das Presseamt 4,2 Millionen Mark, die laut Etat bis Jahresende noch ausgegeben werden „mußten“, für Zeitungsanzeigen. Derartige Massierung von Ausgaben noch nicht verbrauchter Finanzmittel zum jeweiligen Jahresende entspricht nach früheren Feststellungen des Rechnungshofes nicht den Grundsätzen korrekter Haushaltsführung.

■ SOZIALAUSSCHÜSSE

Betriebsräte sind kein Privatbesitz der SPD

Zwischen der CDU und ihrem „Arbeitnehmerflügel“ besteht in den aktuellen politischen Fragen absolute Übereinstimmung. Kurz vor Beginn der Betriebsratswahlen (1. März bis 31. Mai) zeigte sich bei der Bundeskonferenz für Betriebs- und Personalräte der Sozialausschüsse der CDA am 25. Februar in Salzgitter: sowohl in der Frage der Rentenanierung wie in der Arbeitsmarktpolitik werden in der CDU die Interessen der Arbeitnehmer und der kleinen Leute besser gewahrt als in jeder anderen Partei.

Norbert Blüm, Bundesvorsitzender der Sozialausschüsse, unterstrich die Bedeutung der Betriebsräte: „Die Sozialausschüsse und mit ihnen die CDU betrachten Betriebsräte als ein Amt, dem auch die Anerkennung der Öffentlichkeit gehört. Von der Qualität des Betriebsrates hängt auch die Chance des partnerschaftlichen Modells ab. Partnerschaft ist unter allen Ordnungsmodellen das anspruchsvollste.“

Blüm warnte die SPD davor, „Betriebsräte zur Fortsetzung der sozialdemokratischen Arbeit mit anderen Mitteln umzufunktionieren“. Die beste Sicherung gegen parteipolitische Schlagseiten sei die ausgewogene Vertretung aller demokratischen Gruppen im Betriebsrat. Blüm in aller Deutlichkeit: „Wo man aus Kraftmeiereien oder parteipolitischer

Kurzsichtigkeit über uns hinweggeht, werden wir uns zur Wehr setzen.“ Die Betriebsratswahl sei ein Text für die Toleranz in der Arbeitnehmerschaft. „Es soll niemand nur deshalb gewählt werden, weil er CDU-Mitglied ist; aber es soll auch niemand allein deshalb nicht gewählt werden, weil er CDU-Mitglied ist.“

Große Sorge macht der Arbeitnehmerschaft die Rentenfrage. Sie war ein Schwerpunktthema in Referaten und Diskussionen der Bundeskonferenz für Betriebs- und Personalräte. Generalsekretär Heiner Geißler rechnete unter dem Beifall der über 400 Delegierten mit der unsoliden Rentenpolitik der SPD/FDP-Koalition ab: „Die Pläne der Bundesregierung sind ordnungspolitisch falsch, finanzpolitisch unausgewogen und sozial ungerecht.“ Das von der CDU geschaffene Bruttolohnprinzip bedeute Gerechtigkeit, Sicherheit und Schutz vor Willkür. Die SPD/FDP wolle diesen klaren Maßstab aufgeben und öffne damit der Willkür Tür und Tor. „Kein Bürger kann mehr sicher sein, welche Rente er später einmal für seine Beiträge bekommt“, sagte Heiner Geißler.

Zweites Thema der Konferenz, bei dem sich absolute Übereinstimmung zwischen der CDU und den Sozialausschüssen zeigte, war die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Heiner Geißler nannte sie die „innenpolitische Aufgabe

Materialien zur Betriebsratswahl

Materialien zu den Betriebsratswahlen können bei der Hauptgeschäftsstelle der CDA in Königswinter bestellt werden. Es handelt sich um folgendes Angebot:

1. Broschüre Betriebsratswahl mit
 - Text des Betriebsverfassungsgesetzes
 - Wahlordnung
 - Zeittafel
 - Mustervorlage für die Wahlausschreibung und Wahlzettel
 - praktische Tips und Hinweise (Einzelbestellung maximal 5)
2. Broschüre „Stichworte zur Gesellschaftspolitik“ (nur Einzelbestellungen): Sie erläutert wichtige gesellschaftspolitische Fragen aus der Sicht der CDA und CDU.
3. Rede von Norbert Blüm vor dem Bundesausschuß der CDU zur Betriebsratswahl und zur Betriebsgruppenarbeit (Dokumentation UfD).
4. Autoaufkleber zur Betriebsratswahl „Wählt gute Betriebsräte“ (kleinere Mengen).

Bestellungen sind zu richten an:

**Adam-Stegerwald-Haus
Hauptstraße 487
5330 Königswinter**

Nr. 1“ und warf der Regierung vor, sich mit der Massenarbeitslosigkeit langfristig abgefunden zu haben. Sie habe zuerst die Schuldigen im Ausland gesucht, dann das Problem verharmlost und sich schließlich an der Verdächtigung der Arbeitslosen als Arbeitsscheue beteiligt.

Entgegen der Resignation der Regierung habe die CDU „aus staatspolitischer Verantwortung auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft ein ausgewogenes Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung vorgelegt“, sagte Heiner Geißler. Und er erntete stürmischen Beifall für seine Zusicherung: „Das Programm wird parlamentarisch Zug um Zug verwirklicht.“

Wie sehr die CDU heute die Partei der Arbeitnehmer und der kleinen Leute ist,

erfahren die Betriebs- und Personalräte auch am Beispiel sozialer Landespolitik. Der Ministerpräsident des gastgebenden Landes Niedersachsen, Ernst Albrecht, konnte nach zwei Jahren Regierungszeit eine beachtliche Bilanz aufmachen: Mit Hilfe der Landesregierung wurden 35 000 Arbeitsplätze neu geschaffen, 90 000 langfristig gesichert, gemeinsam mit der Wirtschaft wurden 10 000 zusätzliche Ausbildungsplätze bereitgestellt. In der Verwirklichung des Berufsgrundbildungsjahres liegt Niedersachsen am weitesten vorn. Während frühere SPD-Landesregierungen sich in der Bildungspolitik fast ausschließlich auf die Abiturienten ausrichteten, fließen heute zwei Drittel der Landes-Schulbaumittel in die Berufsschulen.

■ LANDESPARTEITAG HAMBURG

Geschlossenheit und ein klares Programm für den Wahlkampf

Hamburgs CDU hat ihre Vorbereitungen für die am 4. Juni stattfindenden Bürgerschaftswahlen abgeschlossen. Ein Landesparteitag endete am vergangenen Wochenende mit einem starken Vertrauensbeweis für die derzeitige Führung des hamburgischen Landesverbandes und mit der Verabschiedung der Wahlplattform.

Dieser Parteitag hat das ganz große Maß an Geschlossenheit bestätigt, resümierte der mit großer Mehrheit wiedergewählte Landesvorsitzende Jürgen Echternach. Echternach hatte 216 Ja- und 26 Nein-Stimmen. Ähnlich hoch fiel der Vertrauensbeweis für die ebenfalls wiedergewählten stellvertretenden Landesvorsitzenden Erik Blumenfeld, Stephan Reimers und Dirk Fischer aus.

Nach einer mehrstündigen Aussprache über 142 Änderungsanträge zu dem vom Landesvorstand vorgelegten Entwurf für eine Wahlplattform verabschiedeten die Delegierten das umfangliche CDU-Programm einstimmig. Keine Enthaltung, keine Gegenstimme.

Das Programm setzt die Schwerpunkte der hamburgischen Wahlaussage in den Bereichen: Arbeitsplatzsicherung, Zukunft der jungen Generation, Ausbau und Sicherung des Rechtsstaates, soziale Gerechtigkeit sowie Wohnungsbau und Stadtentwicklung.

Den derzeitigen Regierungsparteien SPD und FDP wird in der CDU-Wahlaussage für ihre linksideologisch-programmierte Politik der Spiegel vorgehalten: „In keinem anderen Bundesland sind so viele Kommunisten und andere Verfassungsfeinde im Staatsdienst tätig wie in Hamburg.“ Die Hamburger SPD gerate zunehmend unter den Druck linksradikaler Systemveränderer, die ungehindert Volksfrontbündnisse mit Kommunisten eingehen. Das ideologische Bestreben der SPD, alles Heil beim Staat zu suchen und ihm noch mehr Einfluß durch immer mehr Steuern und Abgaben zu verschaffen, zerstöre den Leistungswillen unserer Gesellschaft.

Die CDU weist auch auf die wachsende Linkslastigkeit der hamburgischen FDP hin.

Die Wahlaussage bleibt dafür den Beweis nicht schuldig: „Die FDP fordert für Feinde unserer Gesellschaftsordnung Zugang zum Staatsdienst; sie betreibt die Aushöhlung des Verfassungsschutzes; ihre Haltung gegenüber den Zielen extremistischer Gruppen in der Hochschul- und Energiepolitik ist schwankend und oftmals sympathisierend. Die FDP hat ihre einstmals liberale Grundhaltung längst aufgegeben. Sie korrigiert nicht sozialistische Ideologien in der SPD, sondern verschärft sie vielfach.“

Durch den Linksruck der FDP fühlt sich Hamburgs CDU besonders verpflichtet, die liberalen Traditionen dieser Stadt zu bewahren und fortzuentwickeln.

Landesvorsitzender Jürgen Echternach hat in seiner Rede auf die bundespolitische Bedeutung der hamburgischen Wahlentscheidung hingewiesen: „Jedes Prozent, das wir der SPD in Hamburg abringen, wird die längst überfällige Ablösung der SPD/FDP-Bundesregierung beschleunigen — so wie die Hamburger Bürgerschaftswahl 1974 das Ende der Regierung Brandt eingeleitet hat.“ Damals hatten die Sozialdemokraten in Hamburg die größte Schlappe aller folgenden Landtagswahlen einstecken müssen: Sie magerten um 10,4 Prozent ab und verloren ihre absolute Mehrheit. Die Hamburger CDU konnte demgegenüber mit einem Gewinn von 7,8 Prozent und einem Anteil von 40,6 Prozent das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte verbuchen.

Nun hat der gescheiterte Ex-Kanzler Brandt die hamburgischen Wahlen zur Testwahl für die Bundespolitik erklärt. Die SPD will diese Wahl offenbar zu einer Kanzlerwahl umfunktionieren. Dazu Hamburgs CDU-Chef Jürgen Echternach in seiner Parteitage-Rede: „Wir nehmen die Herausforderung an. Wir werden unsere Hamburger Mitbürger auffordern, ihr Urteil über den Krisenkurs der Bundesregierung zu fällen.“

Was wird sich ändern, wenn am 4. Juni unter Erik Blumenfeld ein CDU-geführter Senat die Regierungsverantwortung übernehmen sollte? Der Landesvorsitzende Echternach faßte zusammen:

„Wir wollen durch ein massives Arbeitsplatz-Förderungsprogramm die bestehenden Beschäftigungsmöglichkeiten sichern und neue Betriebe in unsere Stadt holen.

Wir setzen uns dagegen zur Wehr, daß unsere Kinder in den Schulen von einem Experiment in das andere gestürzt und immer mangelhafter auf die Erfordernisse ihres späteren Berufslebens vorbereitet werden.

Wir werden dafür sorgen, daß unsere Schulen in Ruhe weiterentwickelt werden und die nachwachsende Generation von radikalen Lehrern nicht länger gegen das Elternhaus und den Staat aufgewiegelt wird.

Unsere Politik wird das Recht des Bürgers auf Schutz vor Kriminalität und Terror durchsetzen und die Polizei wieder in die Lage versetzen, den Kampf gegen die steigende Verbrechensflut erfolgreich zu führen.“

Der wiedergewählte Landesvorstand der Hamburger CDU konnte in seinem Rechenschaftsbericht auf eine erfolgreiche Amtsperiode zurückblicken. Auffallend ist ein beträchtlicher Mitgliederzuwachs. In den letzten vier Jahren hat Hamburgs CDU 8 000 neue Mitglieder gewonnen. Die Gesamtzahl liegt jetzt bei 14 000. Erfreulich ist der hohe Anteil junger Mitglieder unter den Neuaufgenommenen. Während der Anteil der Hamburger CDU-Mitglieder unter 27 Jahren bei 15 Prozent liegt, ist er bei den im vergangenen Jahr eingetretenen neuen Mitgliedern doppelt so hoch. Im CDU-Landesvorstand wird dies auch als Beweis für die erfolgreiche Arbeit der Jungen Union in der Hansestadt gewertet.

Der Hamburger CDU-Vorstand weist in seinem Rechenschaftsbericht auch auf das wachsende soziale Engagement sehr vieler Mitglieder hin. Die sozialen Dienste des Landesverbandes, die Hilfsaktionen für ältere und in Not geratene Mitbürger wurden in den letzten Jahren ständig erweitert.

■ ARBEITSMARKT

Schwarzarbeit schadet allen

Die Novelle zum Schwarzarbeitsgesetz — im Dezember 1977 von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen — wurde im Deutschen Bundestag in 1. Lesung behandelt. Häufig herrscht Unklarheit über das, was mit dem Gesetz gegen Schwarzarbeit bewirkt werden soll. Weit verbreitet ist leider die Meinung, daß es sich hierbei um ein Gesetz zum Schutz der Handwerkswirtschaft handelt. Was aber will das Gesetz wirklich? Und was soll nach Auffassung von CDU und CSU daran geändert werden?

Dazu erklärt Heinz F. Landré im Parlament folgendes: Wer schwarzhört und -sieht, wer schwarzfährt oder schwarzhandelt, macht sich strafbar. Auch wer schwarzarbeitet, d. h. unter anderem keine Steuern und keine Sozialversicherungsbeiträge abführt, kann verurteilt werden. Doch dazu kam es in den meisten Fällen erst gar nicht, denn eine Rechtsverfolgung der Schwarzarbeit bereitet bisher große Schwierigkeiten. Zu ungenau definiert ist die Tatbestandsvoraussetzung, zu gering sind die Aussichten auf einen Erfolg der Klage. Zwei Gründe, warum in letzter Zeit eine erhebliche Zunahme der Schwarzarbeit zu beobachten ist:

Die verschärfte Situation auf dem Arbeitsmarkt hat ohne Zweifel ihre Auswirkung auf die Schwarzarbeit gehabt. Viele Arbeitslose — die Arbeitsämter melden dies immer wieder — kassieren ein nicht gerade knappes Arbeitslosengeld und gehen nebenher schwarzar-

beiten. Dadurch wiederum gehen echte Arbeitsplätze verloren. Bis zu 200 000 schätzen die Experten.

Ein anderer Grund liegt in der erheblich gestiegenen Steuer- und Abgabenlast, die auf dem Wege der Schwarzarbeit umgangen werden soll. Es ist ein „Schwarzmarkt für Arbeit“ entstanden.

Wir müssen also klar erkennen, daß eine Verschärfung des Gesetzes gegen die Schwarzarbeit grundsätzliche ordnungspolitische Fehlentwicklungen nicht rückgängig machen kann. Dennoch sollten wir die Dinge nicht einfach laufen lassen. Zu sehr unterminiert die Schwarzarbeit unsere gesamte Wirtschaftsordnung. Auch wenn exakte Ermittlungen über den Umfang der Schwarzarbeit nicht vorliegen, so wird allein im Handwerk das Volumen der Schwarzarbeit auf 10 % des Umsatzes (28 Mrd.) jährlich geschätzt. Dem Staat gehen über 8 Mrd. DM Steuereinnahmen durch Schwarzarbeit verloren.

Vor allem aber wollen wir mit der jetzt vorgestellten Novelle das Gesetz gegen die Schwarzarbeit besser anwendbar machen. Es gilt die Grenze zwischen Schwarzarbeit und Nachbarschaftshilfe deutlicher zu markieren. Wir haben daher festgelegt, daß Dienst- und Werksleistungen dann nicht auf Gefälligkeit oder Nachbarschaftshilfe beruhen, wenn sie gewerbs- oder gewohnheitsmäßig erbracht werden. Mit der Verschärfung des Gesetzes wollen wir den Profis, die ganze Häuserreihen in Schwarzarbeit hochziehen, das Handwerk legen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Affront am Anfang

Der neue Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Schmude, gab sich bescheiden, als er sich im Fernsehen zum erstenmal der Öffentlichkeit vorstellte. Es leuchtete in der Tat ein, daß der fachfremde Minister sich erst einmal einarbeiten müsse. Um so stärker überrascht es, daß Schmude diese Zurückhaltung wenige Tage später aufgibt und mit dem Strukturbericht der Bundesregierung zum Bildungsföderalismus gleich das komplizierteste Thema anfaßt, das es in der Bildungspolitik überhaupt gibt. Schmude hat sich nicht die Zeit genommen, zu prüfen, ob die Verfassungsänderung, die dem Bund eine Rahmenkompetenz für die Hochschulen übertrug, sinnvoll gewesen ist. Bei sorgfältiger Abwägung hätte er sonst feststellen können, daß diese Verfassungsänderung den Hochschulen vor allem Nachteile gebracht hat. Das Hochschulrahmengesetz, die Folge dieser Verfassungsänderung, ist zwar ein guter Kompromiß widerstreitender Meinungen, aber dennoch ein denkbar

schlechtes Gesetz, mit dem die Länder nun leben müssen. Zurückhaltung wäre also auch von der Sache her geboten. Trotzdem präsentiert Schmude einen Bericht, der einseitig Argumente dafür zusammenträgt, dem Bund nun auch noch die Rahmenkompetenz für die Schulen zu geben. Welchen Ministerpräsidenten soll Schmudes Erklärung, bei dieser Initiative des Bundes sollten die Länder nicht hintergangen werden, eigentlich überzeugen? Der Bericht ist, darüber können auch einige kosmetische Änderungen der ersten Fassung nicht hinwegtäuschen, ein Angriff auf die Kulturhoheit der Länder und zu keinem Zeitpunkt mit den Ländern abgestimmt worden.

Schmude beginnt seine Arbeit also mit einem Affront, den er selbst gar nicht geplant hat, dessen Brisanz er wohl noch nicht übersehen kann, den er aber dennoch verantwortet. Damit wird deutlich, was das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft eigentlich ist: ein personell überbesetztes Haus, das sich aus Mangel an eigenen Aufgaben immer stärker zu einem Propagandaministerium entwickelt.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung,
25. Februar 1978)

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UjD